
Monatliche Mitteilungen

Deutscher Bauerntag

Der Deutsche Bauerntag fand unter dem Motto „Perspektiven schaffen – Zukunft bauen“ am 28. -29. Juni in Münster statt. Eröffnet wurde der Bauerntag mit der Grundsatzrede von Präsident Joachim Rukwied. In seiner Rede verdeutlicht er, wie relevant der Obst- und Gemüsebau in Deutschland ist und dass die Mindestloohnerhöhung ein starker Einschnitt in den arbeitsintensiven Kulturen wie Obst- und Gemüse darstellt.

Enttäuschend war die Rede von Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir, da nur über grundlegenden EU-Themen gesprochen worden und die „hervorragende“ Leistung des Ministers bei der Tierhaltungskennzeichnung. Es gab von Seiten des Ministers keinen Bezug auf die problematische Mindestloohnerhöhung in Deutschland und auch die zu der Zeit vom Ministerium bestätigte schwere Lage im Obstbau hat sich in seiner Rede nicht widerspiegelt.

Äpfel und Birnen im Fokus

Die alljährliche Prognosfruit fand dieses Jahr im Südtirol statt. Vom 2. bis 4. August 2023 trafen sich 350 Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Verbänden, um die diesjährige Prognose für die Apfel- und Birnenernte im europäischen Raum zu erhalten und zu bewerten. In der Saison 2023/24 wird die Ernte auf 11.410.681 Tonnen in der EU-27 (-3,3% zu 2022/23) geschätzt. Für den Saisonstart sind gute Voraussetzungen gegeben im Vergleich zu 2022, da es in diesem Jahr keine signifikanten Restbestände vom Vorjahr gibt. Die erwartete Birnenernte im Jahr 2023 wird einen Einbruch erleiden. Der vermeldete Rückgang ist dieses Jahr deutlich stärker als von der World Apple and Pear Association (WAPA) erwartet. Grund hierfür ist ein starker Produktionsausfall in Italien.

Die Entwicklungen in Europa werden auch in anderen Ländern gespiegelt. Dabei ist China mit einer gleichbleibenden Ernte die Ausnahme. In den USA sowie in Indien sind Rückgänge bei der Apfelernte zu verzeichnen. Bei der indischen Apfelernte kommt es zu einem 30-prozentigen Rückgang bei der diesjährigen Ernte. Auch im Bereich der Birnen sticht China mit einer Erntesteigerung von 10 % international stark hervor. Im Gegensatz dazu verzeichnet die USA sowie die EU einen Rückgang.

Sommertagung der Fachgruppe Obstbau

Die diesjährige Tagung der Fachgruppe Obstbau im Bundesausschuss Obst und Gemüse fand in Bonn statt. Auf der Vorstandssitzung, in den Räumen der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, unter der Leitung von Jens Stechmann, wurden die aktuellen Herausforderungen der Fachgruppe besprochen und besonders wurde auf die Möglichkeiten und Herausforderungen der Öffentlichkeitsarbeit eingegangen.

Frau Dr. Margareta Büning-Fesel wurde als neue Präsidentin der BLE der Fachgruppe Obstbau vorgestellt.

Es folgte eine politische Runde über die Wahrnehmung des Obstbaus durch die Öffentlichkeit. Wie in vielen Diskussionen stellte sich auch hier klar heraus, dass der Obstbau in Deutschland durch die Verbraucher als etwas positives gesehen wird. Dies wurde auch durch Frau Silke Gorißen, Landwirtschaftsministerin in Nordrhein-Westfalen, bestätigt. Des Weiteren sieht sie den Obstbau als wichtigen Baustein der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft. Herr Dr. Willi Kremer-Schillings, bekannt als Bauer Willi, bestätigte die Einschätzung, dass die Landwirtschaft Teil jeder Region in Deutschland ist. Doch auch der Obstbau hat mit Veränderungen zu kämpfen und muss nach

„Bauer Willi“ seine Niesche immer wieder suchen und finden.

Im weiteren Verlauf der Obstbautagung wurden Obstbaubetriebe in der Region Bonn besucht. Abschluss waren die Versuchsflächen des Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Reinland-Pfalz in Rheinbach.

Staatssekretärin Bender in Jork

Am 02.08.2023 besuchte Silvia Bender auf Einladung der Fachgruppe Obstbau das Alte Land.

Sie brachte zum Ausdruck, dass es ihrer Einschätzung nach wichtig sei, gemeinsam an Lösungen für den deutschen Obstbau zu arbeiten. Dabei soll das Hilfspaket von 36 Millionen Euro nicht das Einzige sein, was dem Obstbau zugutekommt. Frau Bender verkündete auch, dass zusätzliche Förder- und Forschungsmittel dem deutschen Obstbau in Zukunft helfen sollen, die Lage zu verbessern. Auch die Thematik der Lohnkosten im Obstbau wurde mit der Staatssekretärin vertieft. Anschließend bekannte sich Frau Bender zum Obstbau und sicherte zu, mit den Erzeugern gemeinsam Lösungen für einen Fortbestand der Obstproduktion in Deutschland suchen.

Umsatzsteuer-Pauschalierung

Durch die weitere Absenkung des Umsatzsteuer-Pauschalsteuersatzes von 9,0 auf 8,4 Prozent kommt auf die Landwirte eine weitere Belastung zu. Der Pauschalierungssatz muss aber noch den Bundestag und Bundesrat passieren, bevor er Geltung erhält.

EU-Krisenhilfe kommt

Die Krisenmittel von der Europäischen Union in Höhe von 330 Millionen Euro sind zur Unterstützung der in Europa wirtschaftlich stark betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe. Von den 330

Millionen Euro sind knapp 10 % für Deutschland vorgesehen. Aufgrund der intensiven Bemühungen des BOG hat das BMEL entschieden die 36 Mio. Euro ausschließlich an den Obst-, Hopfen- und Weinbau auszuschütten. Dies soll bis zum 31. Januar 2024 erfolgen. Eine mögliche Aufstockung durch den Bund um 200 % wird derzeit geprüft, gilt aber angesichts der Haushaltslage als unwahrscheinlich.

Damit eine große Zahl an Betrieben von der Unterstützung profitieren können, hat das BMEL eine Beschränkung von 15.000 Euro pro Unternehmen vorgesehen. Ohne Aufstockung durch nationale Mittel soll der Freilandobstbau mit 340 Euro pro Hektar unterstützt werden. Im Hopfen werden es 370 Euro pro Hektar sein. Für den Weinbau sollen 6,5 Millionen Euro für eine temporäre Krisendestillation bereitgestellt werden. Somit können bei einer Unterstützung von 0,65 Euro je Liter bis zu 10 Millionen Liter überschüssiger Wein zu Industrialkohol verarbeitet werden.

Die Grundlage für die Entscheidung ist eine Analyse der Kosten- und Erlössituation verschiedener landwirtschaftlicher Sektoren, die das Thünen-Institut (TI) für das BMEL vorgenommen hat. Details der Analyse liegen derzeit noch nicht vor.

Unklarheit bei Verpackungen

Die aus dem Umweltausschuss des Europäischen Parlaments vorliegende Verpackungsverordnung stößt in einigen Sektoren auf Unverständnis, so auch beim Obst und Gemüse. Die im Entwurf vorgesehenen Verbote unterschiedlicher Verpackungsformate bei Verpackungen unter 1,5 Kilogramm scheinen willkürlich zu sein und sind auch nach Einschätzung der Branche nicht sinnvoll. Verschärfend kommt hinzu, dass der Umweltaus-

schuss bisher keine Kriterien vorgelegt hat, anhand derer die Recyclingfähigkeit von Verpackungen beurteilt werden kann. Dies schafft für die Hersteller von Verpackungsmaterialien eine erhebliche rechtliche Unsicherheit. Der Agrarausschuss des Europaparlaments teilt diese Einschätzungen zwar, doch ist der Umweltausschuss für dieses Thema alleinverantwortlich und damit nicht verpflichtet Änderungsvorschläge aus anderen Ausschüssen zu berücksichtigen.

Aus diesem Anlass arbeiten der BOG mit dem BVEO an einer Stellungnahme, um unsere Position gegenüber den Mitgliedern des Umweltausschusses nochmals zu verdeutlichen. Die Abstimmung des Umweltausschusses über die Verpackungsverordnung wurde von Mitte September auf den 23. Oktober verschoben.

Streit um den Haushalt

Im Bundestag lieferten sich Regierung und Opposition einen intensiven Schlagabtausch um den Haushaltsentwurf des BMEL. Bundesminister Özdemir verteidigte seinen Kurs, dabei kommentiert er in seiner Rede vor dem Bundestag den trotz der vom BMEL bestätigten schweren Lage den Obst- und Gemüsebau in Deutschland nicht. Satz ergibt keinen Sinn.

Nahezu alle Redner kritisierten die geplanten Kürzungen in der GAK und forderten Nachbesserungen. Die Abgeordneten aus dem Haushaltsausschuss Esther Dilcher (SPD), Frank Schäffler (FDP) und Dr. Sebastian Schäfer (Bündnis 90/Die Grünen) wehrten sich gegen die Kritik, durch die geplanten Einsparungen der GAK-Mittel komme es zu Kürzungen bei Projekten im ländlichen Raum und führten aus, dass in den vergangenen Jahren bis zu 30 Prozent der Mittel durch die Länder nicht abgerufen wurden.

Steffen Bilger und Henning Otte (CDU/CSU) warfen dem Minister vor, dass er die Landwirte

und die Menschen im ländlichen Raum allein lasse. „Für die Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft ist das alles zu wenig“, sagte Bilger. Im Anschluss an diese erste Lesung wird das Haushaltsgesetz nun zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss überwiesen. Erfahrungsgemäß wird der Haushaltsausschuss Änderungen an einigen Etatansätzen vornehmen. Der endgültige Haushalt wird voraussichtlich Ende November verabschiedet.